



Ü b e r e i n k o m m e n

zu der

Mustervereinbarung über gegenseitige Hilfeleistung im Brandschutz, in der Allgemeinen Hilfe und im Katastrophenschutz

zwischen

den in Rheinland-Pfalz stationierten US-Streitkräften

und

dem Land Rheinland-Pfalz

Die beigelegte Vereinbarung soll als Muster zur Abfassung von Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung zwischen US-Streitkräften und kommunalen Aufgabenträgern im Land Rheinland-Pfalz dienen. Sie sieht gemeinsame Übungen, die Erarbeitung gemeinsamer Alarm- und Einsatzpläne sowie aufeinander abgestimmte Einsatzmaßnahmen innerhalb und außerhalb von Liegenschaften der US-Streitkräfte vor.

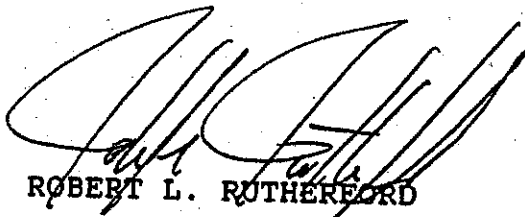
Es besteht Einvernehmen darüber, daß für die US-Luftwaffe in Europa die Kommandeure von US-Liegenschaften in Rheinland-Pfalz einerseits und die zuständigen Vertreter der kommunalen Aufgabenträger in der Nachbarschaft dieser Liegenschaften andererseits die nach beigelegtem Muster zu erarbeitenden Vereinbarungen unterzeichnen werden.

Die Kommandeure von Liegenschaften des US-Heeres in Rheinland-Pfalz werden mit den zuständigen kommunalen Aufgabenträgern Vereinbarungen erarbeiten und diese zur Prüfung und Unterzeichnung an das Hauptquartier des US-Heeres in Europa und der 7. Armee senden. Nach der Unterzeichnung werden die Kommandeure des US-Heeres die Vereinbarung im Auftrag des Hauptquartiers des US-Heeres in Europa und der 7. Armee umsetzen.

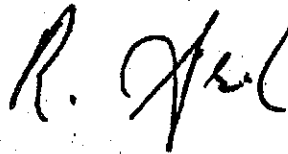
Alle Vertragspartner werden die beigefügte Mustervereinbarung in eigener Zuständigkeit und ohne Weisung unterzeichnen. Abweichungen jeglicher Art von der Mustervereinbarung müssen von den zuständigen US-Behörden genehmigt werden.

Die Unterzeichner stimmen hiermit der beigefügten Vereinbarung zu. Sie dient als Muster für Vereinbarungen zwischen Verantwortlichen für Liegenschaften der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz und kommunalen Aufgabenträgern, um die gegenseitige Hilfeleistung im Brandschutz, in der Allgemeinen Hilfe und im Katastrophenschutz zu gewährleisten.

Mainz, den 23. August 1989



ROBERT L. RUTHERFORD
Major General, USAF
Commander, 17th Air Force



RUDI GEIL
Minister des Innern und
für Sport
Rheinland-Pfalz

LETTER OF AGREEMENT
FOR THE

AGREEMENT ON MUTUAL ASSISTANCE IN FIRE PROTECTION, GENERAL AID,
AND DISASTER PREPAREDNESS

BETWEEN
UNITED STATES FORCES STATIONED IN RHEINLAND-PFALZ
AND
THE STATE OF RHEINLAND-PFALZ

The purpose of the attached model document is to provide a sample Mutual Aid Agreement between United States Forces and local disaster response forces in the German State of Rheinland-Pfalz. It provides for joint training exercises, the development of combined alarm and response plans, and mutually coordinated response on and off United States accommodations.

It is understood that United States Air Forces in Europe signatories to the attached model agreement will be commanders of United States accommodations located in Rheinland-Pfalz and appropriate German community officials from municipalities adjacent to those accommodations.

United States Army community commanders in Rheinland-Pfalz will negotiate agreements with German community officials and will submit same for approval and signature to Headquarters United States Army, Europe, and Seventh Army. Upon signature, United States Army commanders will administer the agreements on behalf of Headquarters United States Army, Europe, and Seventh Army.

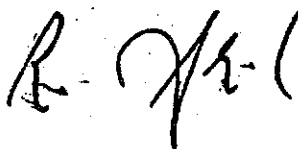
All parties will sign the attached model agreement freely and without compulsion. Deviation from the model agreement of any kind must be approved by appropriate United States authorities.

The undersigned hereby agree to the attached agreement. It will serve as a model for such agreements between United States Forces accommodations in Rheinland-Pfalz and local communities providing for the mutual assistance in fire protection, general aid, and disaster preparedness.

Mainz, the 23rd day of August 1989.



ROBERT L. RUTHERFORD
Major General, USAF
Commander, 17th Air Force



RUDI GEIL
Minister of the Interior and
for Sports
Rheinland-Pfalz

M U S T E R V E R E I N B A R U N G

VEREINBARUNG ÜBER GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG
IM BRANDSCHUTZ, IN DER ALLGEMEINEN HILFE
UND IM KATASTROPHENSCHUTZ

Der Secretary of the Army/Air Force, aufgrund der Ermächtigung des Artikels 53 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 sowie Titel 42, Section 1856a des United States Code handelnd,

und

die zivilen Aufgabenträger nach dem Landesgesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Brand- und Katastrophenschutzgesetz - LBKG -) vom 2. November 1981 (GVBl. S. 247)

Landkreis(e)/kreisfreie Stadt(Städte)

.....
.....

Gemeinde(n)

.....
.....
.....
.....

haben in der Absicht, jedem Partner die Vorteile gegenseitiger Hilfeleistung zu sichern, und im Interesse des Schutzes von Leben und Eigentum vor Brand- und anderen Gefahren sowie der Bekämpfung solcher Gefahren folgendes vereinbart:

1 Hilfeleistung innerhalb von Liegenschaften der
US-Streitkräfte

- 1.1 Die US-Dienststellen richten das Hilfeersuchen an eine in den Gemeinsamen Alarm- und Einsatzplänen genannte deutsche Stelle.

In dem Hilfeersuchen ist - soweit erkennbar - anzugeben, um welche Gefahrenlagen es sich handelt, mit welchem Potential Hilfe erwartet wird und zu welchem Ort die Hilfseinheiten kommen sollen.

- 1.2 Die von den US-Dienststellen alarmierten deutschen Stellen veranlassen daraufhin alle weiteren Maßnahmen (nach ihrer Alarm- und Einsatzplanung).

- 1.3 In welcher Weise dem Hilfeersuchen entsprochen werden kann, entscheiden die zuständigen deutschen Stellen.

- 1.4.1 Beim Einsatz deutscher Feuerwehr- und Rettungseinheiten (Hilfseinheiten) in einer US-Liegenschaft oder außerhalb einer US-Liegenschaft zur Abwehr einer von dieser ausgehenden Gefahr wird eine Gemeinsame Einsatzleitung gebildet. Deren Führung liegt für Maßnahmen in der US-Liegenschaft bei den US-Dienststellen, für Maßnahmen außerhalb bei den deutschen Dienststellen. Der Einsatz der deutschen Hilfseinheiten richtet sich auch innerhalb der US-Liegenschaft nach deutschem Recht. Die Gemeinsame Einsatzleitung ist deutlich zu kennzeichnen.

- 1.4.2 Die Gemeinsame Einsatzleitung hat eine enge Verbindung und Abstimmung mit anderen Einsatzleitungen (z.B. der US-Militärpolizei, der deutschen Polizei) und allen sonstigen Stellen, die von dem Ereignis betroffen sind, sicherzustellen.

1.4.3 Die Gemeinsame Einsatzleitung ist für die Koordination und Herausgabe von Informationen an die Öffentlichkeit zuständig. Eine Gemeinsame Pressestelle wird in der Nähe der Einsatzleitung eingerichtet. Die Gemeinsame Pressestelle bearbeitet Anfragen der Medien.

1.4.4 Die US-Dienststellen

- unterrichten die deutschen Hilfseinheiten über besondere Risiken und erforderliche Schutzvorkehrungen,
- weisen den deutschen Hilfseinheiten über deren Führung Aufgaben zu,
- berücksichtigen die Empfehlungen der deutschen Fachkräfte.

1.4.5 Die US-Dienststellen stellen sicher, daß ausreichend Personal mit deutschen Sprachkenntnissen zur Einweisung der deutschen Hilfseinheiten und für die Gemeinsame Einsatzleitung zur Verfügung steht.

1.4.6 Bei der Zusammenarbeit ist alles zu unterlassen, was deutsche Hilfseinheiten als Bedrohung ansehen könnten; es muß jedoch sichergestellt sein, daß militärische Sicherheitsbelange beachtet werden.

1.5 Um einen wirkungsvollen Einsatz in US-Liegenschaften zu ermöglichen, ist der ranghöchste US-Vertreter ermächtigt, in Übereinstimmung mit US-Gesetzen, Anweisungen und Vorschriften sowie einschlägigen internationalen Vereinbarungen Informationen über gefährliche Stoffe an den deutschen Verantwortlichen weiterzugeben, soweit es die Gefahrenlage erfordert.

1.6 Eine hilfeleistende Einheit wird von der anfordernden Stelle entlassen, wenn ihre Dienste nicht länger erforderlich sind oder wenn sie in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich benötigt wird.

1.7 Die US-Dienststellen unterrichten die in den Gemeinsamen Alarm- und Einsatzplänen genannten deutschen Stellen sofort über

- Gefahren, die nicht mit Sicherheit auf die US-Liegenschaft beschränkt werden können, auch wenn keine deutschen Kräfte benötigt werden,
- Gefahren, die außerhalb der US-Liegenschaft wahrnehmbar sind, auch wenn keine deutschen Kräfte benötigt werden,
- Ereignisse ohne Gefahr, die jedoch zu einer Beunruhigung der Bevölkerung führen können.

Falls es eine deutsche Dienststelle für erforderlich hält, kann sie Verbindungspersonen zur US-Einsatzleitung entsenden. Die US-Einsatzleitung hat hierzu ihre Zustimmung zu erteilen.

1.8 Wenn die US-Dienststellen bei Veranstaltungen in US-Liegenschaften die vorsorgliche Beteiligung deutscher Hilfseinheiten und sonstiger Kräfte für erforderlich halten, stimmen sie die Beteiligung mit der federführenden Kreis-/Stadtverwaltung (vgl. Nr. 4.3) ab.

2 Hilfeleistung außerhalb von Liegenschaften der
US-Streitkräfte

- 2.1 Die deutschen Dienststellen, die berechtigt sind, Hilfe anzufordern, werden in den Gemeinsamen Alarm- und Einsatzplänen festgelegt. Sie richten das Hilfeersuchen an eine in den Gemeinsamen Alarm- und Einsatzplänen genannte US-Dienststelle.

In dem Hilfeersuchen ist - soweit erkennbar - anzugeben, um welche Gefahrenlagen es sich handelt, mit welchem Potential Hilfe erwartet wird und zu welchem Ort die US-Einheiten kommen sollen.

- 2.2 Die von den deutschen Dienststellen alarmierten US-Dienststellen veranlassen daraufhin alle weiteren Maßnahmen (nach ihrer Alarm- und Einsatzplanung).

- 2.3 In welcher Weise dem Hilfeersuchen entsprochen werden kann, entscheiden die US-Dienststellen.

- 2.4.1 Beim Einsatz von US-Brandbekämpfungs- und Rettungseinheiten (Hilfseinheiten) außerhalb einer US-Liegenschaft oder innerhalb einer US-Liegenschaft zur Abwehr einer von außerhalb ausgehenden Gefahr wird eine Gemeinsame Einsatzleitung gebildet. Deren Führung liegt für Maßnahmen außerhalb der US-Liegenschaft - auch wenn von der Bundeswehr militärische Sicherheitsbereiche eingerichtet sind - bei den zivilen Aufgabenträgern nach LBKG, für Maßnahmen innerhalb der Liegenschaft bei den US-Dienststellen. Die Gemeinsame Einsatzleitung ist deutlich zu kennzeichnen. US-Hilfseinheiten sollen unter US-Führung und Kontrolle verbleiben.

2.4.2 Die Gemeinsame Einsatzleitung hat eine enge Verbindung und Abstimmung mit anderen Einsatzleitungen (z.B. der deutschen Polizei, der Bundeswehr oder der US-Militärpolizei) sicherzustellen.

Soweit von der Bundeswehr ein militärischer Sicherheitsbereich eingerichtet ist, stimmt die Gemeinsame Einsatzleitung alle wesentlichen Hilfsmaßnahmen innerhalb dieses Bereichs mit der militärischen Führung ab.

2.4.3 Die Gemeinsame Einsatzleitung ist für die Koordination und Herausgabe von Informationen an die Öffentlichkeit zuständig. Eine Gemeinsame Pressestelle wird in der Nähe der Einsatzleitung eingerichtet. Die Gemeinsame Pressestelle bearbeitet Anfragen der Medien.

2.4.4 Die deutschen Dienststellen

- unterrichten die US-Hilfseinheiten über besondere Risiken und erforderliche Schutzvorkehrungen,
- weisen den US-Hilfseinheiten über deren Führung Aufgaben zu,
- berücksichtigen die Empfehlungen der US-Fachkräfte.

2.4.5 Die deutschen Dienststellen stellen sicher, daß ausreichend Personal mit englischen Sprachkenntnissen zur Einweisung von US-Hilfseinheiten und für die Gemeinsame Einsatzleitung zur Verfügung steht.

2.4.6 Bei der Zusammenarbeit ist alles zu unterlassen, was deutsche oder US-Hilfseinheiten als Bedrohung ansehen könnten; es muß jedoch sichergestellt sein, daß militärische Sicherheitsbelange beachtet werden.

2.5 Die US-Hilfseinheiten werden von der anfordernden Stelle entlassen, wenn ihre Dienste nicht länger erforderlich sind oder wenn sie in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich benötigt werden.

2.6 Die deutschen Dienststellen unterrichten die in den Gemeinsamen Alarm- und Einsatzplänen genannten US-Dienststellen sofort über

- Gefahren, die nicht mit Sicherheit von der US-Liegenschaft ferngehalten werden können, auch wenn keine US-Hilfseinheiten benötigt werden,
- Gefahren, die innerhalb der US-Liegenschaft wahrnehmbar sind, auch wenn keine US-Hilfseinheiten benötigt werden,
- Ereignisse ohne Gefahr, die jedoch zu einer Beunruhigung von Personen innerhalb der US-Liegenschaft führen können.

Falls es eine US-Dienststelle für erforderlich hält, kann sie Verbindungspersonen zur deutschen Einsatzleitung entsenden.

2.7 Wenn die deutschen Dienststellen bei Veranstaltungen außerhalb von US-Liegenschaften die vorsorgliche Beteiligung von US-Hilfseinheiten und sonstigen US-Kräften für erforderlich halten, stimmen sie die Beteiligung mit der federführenden US-Dienststelle (vgl. Nr. 4.3) ab.

3 Gegenseitige Informationen über Gefahrenlagen

Unabhängig von den Regelungen unter Nummern 1 und 2 hat der Vertragspartner, der zuerst von einer Gefahrenlage im Zuständigkeitsbereich des anderen Vertragspartners Kenntnis erhält, diesen sofort zu informieren.

4 Alarm- und Einsatzpläne

4.1 Die Vertragspartner stellen Gemeinsame zweisprachige Alarm- und Einsatzpläne auf. Dabei berücksichtigen sie auch das Potential der Bundeswehr und beteiligen diese an der Aufstellung der Pläne. In den Gemeinsamen Alarm- und Einsatzplänen sollen vor allem enthalten sein:

- Alarmierungs- und Informationsschemata,
- Meldewege,
- Meldeinhalt mit Anforderungstichworten,
- Alarmanschriften (auch von Dolmetschern),
- Führungsschemata,
- Kommunikationsschemata,
- Karten mit Markierung der Zuständigkeitsbereiche,
- Einsatzhinweise,
- Hinweise auf interne Alarm- und Einsatzpläne der US-Streitkräfte und der zivilen Aufgabenträger,
- Unterrichts- und sonstiges Informationsmaterial.

4.2 Die Gemeinsamen Alarm- und Einsatzpläne werden - insbesondere für US-Liegenschaften ohne US-Feuerwehr - bei Bedarf möglichst ergänzt durch Feuerwehrpläne, in denen konkrete anlagenbezogene Hinweise auf Anfahrt, Risiken, Wasserversorgung, spezielle Alarmanschriften usw. sowie bei Bedarf Hinweise über die Aufnahme kontaminierten Löschwassers enthalten sind.

4.3 Die Gemeinsamen Alarm- und Einsatzpläne sind regelmäßig fortzuschreiben. Auf deutscher Seite ist hierfür die Kreisverwaltung/Verwaltung der kreisfreien Stadt zuständig, in deren Bereich die US-Liegenschaft (überwiegend) gelegen ist (federführende Kreis-/Stadtverwaltung).

Adresse der federführenden Kreis-/Stadtverwaltung:

.....
.....

Auf US-Seite ist hierfür folgende Dienststelle (federführende US-Dienststelle) zuständig:

.....
.....

4.4 Die Gemeinsamen Alarm- und Einsatzpläne ergänzen die Alarm- und Einsatzpläne, die für die Abwehr verschiedener Gefahrenlagen allgemein aufgestellt worden sind. Die Planung der deutschen Aufgabenträger soll die Hilfsmöglichkeiten (Mannschaft, Gerät, Fachberater) der US-Streitkräfte berücksichtigen und umgekehrt. Die federführende US-Dienststelle und die federführende Kreis-/Stadtverwaltung informieren sich zu diesem Zweck

gegenseitig über das hierfür in Frage kommende Hilfspotential. Soweit möglich, werden hierfür Alarm- und Einsatzpläne für die verschiedenen Gefahrenlagen (auf deutscher Seite: Kreisebene) ausgetauscht.

5 Gemeinsame Übungen, Informationsveranstaltungen

- 5.1 Mindestens halbjährlich ist eine gemeinsame Meldeübung durchzuführen, mindestens alle zwei Jahre soll eine gemeinsame Einsatzübung, die der Erprobung und Fortschreibung der in den Alarm- und Einsatzplänen festgelegten Maßnahmen dient, durchgeführt werden. Dabei soll nach Möglichkeit auch die Bundeswehr beteiligt werden.

Daneben haben sich die Vertragspartner gegenseitig in regelmäßigen Abständen insbesondere über den Einsatzwert ihrer Einheiten, ihre Hilfeleistungskonzepte - etwa bei Flugzeugabstürzen, Massenanfall von Verletzten, Zugunfällen -, sowie über die Abwehr besonderer Gefahren zu unterrichten.

Die Koordination dieser Maßnahmen obliegt den jeweils federführenden Dienststellen.

- 5.2 Die federführenden Dienststellen sorgen dafür, daß in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch alle zwei Jahre, ein Erfahrungsaustausch unter Beteiligung aller betroffenen Stellen stattfindet.

6 Ersatzansprüche, Kosten, Rechtsverhältnisse des Personals

- 6.1 Die Vertragspartner erstatten sich keine Kosten, die durch Erfüllung dieser Vereinbarung entstehen.
- 6.2 Die Vertragspartner verzichten gegenseitig auf alle Ersatzansprüche für Verlust, Sachbeschädigung, Körperverletzung (einschließlich Schmerzensgeld) oder Tod von Personal, die sich als Folge der Erfüllung dieser Vereinbarung ergeben. Dies gilt nicht für Ansprüche Dritter. Für Ansprüche Dritter gelten die Regelungen des Artikels VIII des NATO-Truppenstatuts oder anderer deutscher Gesetze.
- 6.3 Die von den zivilen Aufgabenträgern in Erfüllung dieser Vereinbarung eingesetzten Personen stehen während der Dauer der Hilfeleistung in keinem Rechtsverhältnis zu US-Dienststellen (sie werden beispielsweise nicht als Beauftragte oder Angestellte angesehen), sondern stehen weiterhin in einem Rechtsverhältnis nach deutschem Recht zu den zivilen Aufgabenträgern.
- 6.4 Alle finanziellen Verpflichtungen, die die Vertragspartner infolge dieser Vereinbarung übernehmen, werden gemäß den geltenden nationalen Gesetzen von der Genehmigung und Zuweisung der Finanzmittel abhängig gemacht.

7 Vorschriften des NATO-Truppenstatuts, andere Vereinbarungen

Diese Vereinbarung berührt nicht Vorschriften des NATO-Truppenstatuts, des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut sowie andere Vereinbarungen, einschließlich solcher mit Bezug auf Sonderwaffen, und wird auch nicht entsprechend ausgelegt.

8 Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten werden durch Verhandlungen zwischen den Partnern auf der niedrigst möglichen Ebene beigelegt. Meinungsverschiedenheiten, die nicht auf niedrigster Ebene geklärt werden können, werden an die Vertragspartner oder von ihnen beauftragte Stellen zur Überprüfung und Beilegung weitergeleitet. Unvereinbarkeiten zwischen dieser Vereinbarung und anderen bestehenden Vereinbarungen werden durch Beratungen zwischen den Vertragspartnern ausgeräumt.

9 Änderung der Vereinbarung

Diese Vereinbarung kann jederzeit mit gegenseitigem Einverständnis der Vertragspartner geändert oder ergänzt werden. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

10 Inkrafttreten, Kündigung

Diese Vereinbarung tritt mit der zuletzt geleisteten Unterschrift in Kraft. Diese Vereinbarung kann von jedem Vertragspartner unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch schriftliche Mitteilung an den anderen Vertragspartner gekündigt werden.

11 Ausfertigung

Diese Vereinbarung wird in zwei Originalen, jeweils in deutscher und englischer Sprache ausgefertigt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Ort, Datum

Ort, Datum

Für den/die federführende(n)
Landkreis/kreisfreie Stadt

Für den Secretary of the
Army/Air Force

.....

(Name, Titel)

(Commander)

Für den/die Landkreis/kreis-
freie Stadt/Gemeinde

.....

(Name, Titel)

.....

(Name, Titel)

M O D E L A G R E E M E N T

AGREEMENT ON MUTUAL ASSISTANCE

IN FIRE PROTECTION, GENERAL AID

AND DISASTER PREPAREDNESS

The Secretary of the Army/Air Force, acting pursuant to the authority of Article 53 of the Agreement to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany of 3 August 1959 and Title 42, United States Code, Section 1856a and the civilian responsible agencies, acting pursuant to the authority of the State Law on Fire Protection, General Aid and Disaster Preparedness, (Landesgesetz ueber den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz-LBKG) of 2 November 1989 (GVBl. pg. 247)

County(ies)/County Free City(ies)

.....
.....

Municipality(ies)

.....
.....
.....
.....

seeking to secure for each party the advantages of mutual aid and assistance and in the interest of protection of life and property from fires and other dangers and the combating of such dangers - have agreed to the following:

1. REQUEST FOR ASSISTANCE ON ACCOMMODATIONS OF THE US FORCES

- 1.1 The US agencies direct their request for assistance to a German Agency listed in the combined alarm and response plans.

The request for assistance should specify - to the extent known - what types of dangers are involved, the level of assistance that will be expected, and the location to which response teams should report.

- 1.2 The German agencies alerted by the US agencies shall initiate all necessary further actions (according to their alarm and response plans).

- 1.3 The manner in which the request for assistance can be complied with will be decided by the responsible German agencies.

- 1.4.1 When German fire and rescue units (assistance teams) are responding on a US accommodation, or outside a US accommodation when the danger originates from the US accommodation, a Combined Command Post will be established. Actions to be taken on the accommodation are to be controlled by US authorities; actions to be taken outside the accommodation are to be controlled by German authorities. The operations of German response teams will be governed by German Law, even on US accommodations. The Combined Command Post will be clearly marked.

- 1.4.2 The Combined Command Post will secure close cooperation and coordination with the Command Post of other responding units (for example, US military police, German police) and all other agencies affected by the incident.

- 1.4.3 The Combined Command Post will be the coordinating/approval authority for release of public information. A Joint Information Bureau (JIB) will be set up in the vicinity of the Command Post. The JIB will handle responses to the media.
- 1.4.4 The US agencies shall:
- inform the German assistance teams of special risks and necessary protective measures;
 - task German response teams through the German response teams' leadership;
 - take into consideration the recommendations of German experts and specialists;
- 1.4.5 The US agencies will ensure that sufficient personnel with German language ability are available for the Combined Command Post and for briefing German response teams.
- 1.4.6 In combined operations, no measure should be taken which could be perceived by German response teams as threatening to them; provided, however, that military security interests must be respected.
- 1.5 In order to facilitate the appropriate response at US accommodations, the senior US representative may, in accordance with US laws, directives, regulations, and applicable international agreements release information concerning dangerous materials to the senior German representative to the extent to which the emergency situation dictates.

1.6 The responding agency shall be released by the requesting agency when its services are no longer required or when it is needed in its own area of responsibility.

1.7 The US agencies will immediately notify the German agency specified in the combined alarm and response plans of:

- dangers which cannot, with assurance, be restricted to the US accommodation, even if German assistance is not required;

- dangers which can be perceived from outside the accommodation, even if German assistance is not required;

- incidents that do not present danger but which may alarm the public;

If a German authority considers it necessary, it may send a liaison to the US On-scene Command Post. The US On-scene Command Post must give consent to the liaison.

1.8 At events on US accommodations where participation of German assistance agencies is considered a necessary precaution by the US authorities, the participation of the German assistance agencies will be coordinated with the lead County/City authority specified in Section 4.3.

REQUESTS FOR ASSISTANCE OUTSIDE OF ACCOMMODATIONS OF THE US FORCES

- 2.1 The German authorities which are authorized to request assistance shall be listed in the combined alarm and response plans. Their requests for assistance will be addressed to a US agency specified in the same plans.
- The request for assistance should specify - to the extent known - what types of dangers are involved, the level of assistance that will be expected, and the location to which the US response teams should report.
- 2.2 The US agencies alerted by the German agencies shall initiate all necessary further actions (according to their alarm and response plans).
- 2.3 The manner in which the request for assistance can be complied with will be decided by the responsible US agencies.
- 2.4.1 When US fire and rescue units (assistance teams) are called into service outside a US accommodation, or inside a US accommodation when the danger originates from outside the accommodation, a Combined Command Post will be established. Authority outside a US accommodation - even when military security zones are established by the German Armed Forces - rests with the responsible civilian authorities according to the state law regulating fire protection, general aid and disaster preparedness (LBKG); authority inside an accommodation rests with US authorities. The Combined Command Post will be clearly marked. US forces responding to the scene shall remain under US command and control.

2.4.2 The Combined Command Post will secure close cooperation and coordination with the leadership of other responding units (for example, German police, German Armed Forces, or US military police).

If a military security zone is established by the German Armed Forces, the Combined Command Post must coordinate all essential assistance actions within this zone with the military command.

2.4.3 The Combined Command Post will be the coordinating/approval authority for release of public information. A Joint Information Bureau (JIB) will be set up in the vicinity of the Command Post. The JIB will handle responses to the media.

2.4.4 The German agencies shall:

- inform the US assistance units of special risks and necessary protective measures;
- task US response teams through the US response teams' leadership;
- take into consideration the recommendations of US experts and specialists.

2.4.5 The German agencies will ensure that sufficient personnel with English language ability are available for the Combined Command Post and for briefing US response teams.

2.4.6 In combined operations, no measure should be taken which could be perceived by German response teams or US forces as threatening to them; provided, however, that military security interests must be respected.

2.5 The US assistance units shall be released by the requesting agency when its services are no longer required or when it is needed in its own area of responsibility.

2.6 The German agencies will immediately notify the US agencies specified in the combined alarm and response plans of:

- dangers which cannot, with assurance, be restricted away from the US accommodation, even if US assistance is not required;
- dangers which can be perceived from inside the accommodation, even if US assistance is not required;
- incidents that do not present danger, but which may alarm personnel on the accommodation.

If a US authority considers it necessary, it may send a liaison to the German On-scene Command Post.

2.7 At events outside US accommodations where participation of US assistance units or other personnel is considered a necessary precaution, the participation of the US forces will be coordinated with the lead US authority specified in Section 4.3.

3. MUTUAL INFORMATION ABOUT DANGERS

Independent of the provisions of Articles 1 and 2 above, the party that first receives information about a danger in the area of responsibility of the other party will inform that other party immediately.

4. ALARM AND RESPONSE PLANS

4.1 The parties to this agreement will prepare bilingual combined alarm and

response plans. The resources of the German Armed Forces will be considered, and the parties will include the German Armed Forces in the planning process. At a minimum, the combined alarm and response plans should contain:

- Alarm and information schemes;
- Lines of notification;
- Contents of notifications with key words;
- Address of key response and aid agencies (including interpreters);
- Chain of command schemes;
- Lines of communications schemes;
- Maps with outlined areas of responsibility;
- Operational instructions;
- References to internal alarm and response plans of US forces and German agencies;
- Additional information and instructional material.

4.2 The combined alarm and response plans should - especially for US accommodations without a US fire department - where necessary, be supplemented by fire plans which contain specific installation information on access routes, special hazards, water supply, special alarm addresses, etc., as well as, if needed, instructions for the collection of contaminated water.

4.3 The combined alarm and response plans shall be reviewed and updated periodically. On the German side, this responsibility rests with the administrative authorities (lead county/city administration) of the county/county free city in which the US accommodation is (predominantly) located.

Address of the German lead authority:

.....
.....

On the US side, the following agency is responsible (US lead agency):

.....
.....

4.4 The combined alarm and response plans supplement the alarm and response plans which are prepared for the handling and control of incidents in general. The plans of the responsible German authorities should take into account the aid and rescue resources of the US forces (personnel, equipment, expertise) and vice versa.

To this end, the lead US agency and the German lead administration will keep each other informed of their respective aid and rescue resources. As far as possible, alarm and response plans for the various dangers will be exchanged (on the German side: county level).

5. JOINT EXERCISES AND INFORMATION PROGRAMS

- 5.1 A combined alarm notification exercise is to be conducted at least semiannually. A combined operational exercise for the evaluation and further development of measures specified in the alarm and response plans should be accomplished at least every two years. If possible, the German Armed Forces should participate.

Additionally, the parties to this agreement shall inform each other at regular intervals of the effectiveness of their units, of their concepts of fire and rescue operation - for example, in connection with aircraft crashes, mass casualties, train collisions - and of measures for the control of special hazards.

The coordination of these measures will be the responsibility of the respective lead agencies.

- 5.2 The lead agencies will ensure that, at periodic intervals, at least every two years, there will be an exchange of empirical information with participation of all affected agencies.

6. CLAIMS, COSTS, LEGAL STATUS OF PERSONNEL

- 6.1 No party shall be reimbursed by any other party for any costs incurred pursuant to this agreement.
- 6.2 Each party to this agreement waives all claims against every other party for compensation for any loss, damage, personal injury (including pain and suffering), or death occurring as a consequence of the performance of this agreement. This does not apply to claims of third parties. Claims by third parties will be settled in accordance with Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement or as otherwise provided under German law.
- 6.3 Personnel made available by the civilian authorities pursuant to this agreement will not enter into any legal relationship with US authorities during the period of fire and rescue operations (for example, they will not be considered agents or employees, etc.), but rather will remain subject to their German legal relationships with the responsible civilian authorities.
- 6.4 All financial obligations assumed by the parties to this agreement are conditioned upon the authorization and appropriation of funds in accordance with applicable national laws.

7. PROVISIONS OF THE NATO STATUS OF FORCES AGREEMENT AND OTHER AGREEMENTS

This agreement does not affect, and will not be interpreted as affecting, provisions of the NATO Status of Forces Agreement, the Agreement to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany of 3 August 1959 (Supplementary Agreement), and other agreements including those dealing with special weapons.

8. SETTLEMENT OF DISPUTES

Disputes will be resolved by negotiations between the parties at the lowest level possible. Disputes that cannot be resolved at lower levels will be referred to the parties or agencies tasked by them for review and resolution. Inconsistencies between the present agreement and other existing agreements will be resolved through consultation between the parties.

9. MODIFICATION OF AGREEMENT

This agreement may be amended or supplemented at any time upon mutual consent of both parties. Amendments and supplements must be in writing.

10. INCEPTION AND TERMINATION

This agreement will become effective upon the date of the last signature. This agreement may be terminated by either party upon giving six months notice in writing to the other party.

11. EXECUTION

This agreement is executed in two originals in the English and German languages, both texts being equally authentic.

Place, Date

For the County/County Free City
(German lead authority)
Place, Date

.....

(Name and Title)

For the County/County Free City/
Community

.....

(Name and Title)

.....

(Name and Title)

Place, Date

For the Secretary of the
Army/Air Force

(Commander)